



INHALT:

Deutsche Bischofskonferenz

Aufruf der deutschen Bischöfe zum
Caritas-Sonntag 2020110

Aufruf der deutschen Bischöfe zum
Weltmissionssonntag 2020110

Hinweise zur Durchführung der missio-
aktion zum Sonntag der Weltmission 2020
(missio Aachen)111

Verlautbarung der deutschen Bischofs-
konferenz112

Der Bischof von Hildesheim

Ordnung für die Wahl und Ernennung
der Dechanten im Bistum Hildesheim112

Beschlüsse (2/2020) der Bundeskommission
der Arbeitsrechtlichen Kommission des
Deutschen Caritasverbandes vom
18. Juni 2020115

Beschluss der Regionalkommission Nord
der Arbeitsrechtlichen Kommission des
Deutschen Caritasverbandes vom 8. Juli 2020127

Änderung zur Dienstordnung und Disziplinar-
ordnung für die kirchlichen Beamten in der
Diözese Hildesheim127

Bischöfliches Generalvikariat

Besetzung der MAVO-Einigungsstelle128

Kirchliche Mitteilungen

Veränderungen Pastorales Personal128

Deutsche Bischofskonferenz

Aufruf der deutschen Bischöfe zum Caritas-Sonntag 2020

Liebe Schwestern und Brüder!

„Sei gut, Mensch!“ – unter diesem Motto rückt der diesjährige Caritas-Sonntag bewusst Menschen in den Fokus, die Gutes tun und sich für andere einsetzen. Die Debatten der letzten Jahre haben gezeigt, dass Anerkennung für Engagement alles andere als selbstverständlich ist.

Immer wieder mussten Menschen erleben, wie sie und das, was ihnen wichtig ist, abgewertet und schlecht gemacht wurden. Die Bezeichnung „Gutmensch“ ist dabei zu einem Begriff geworden, der Menschen diffamieren soll. Gerade das Engagement für Geflüchtete wurde in politischen Debatten immer wieder als weltfremd und naiv bewertet. Doch es ist nichts falsch daran, ein „guter Mensch“ sein zu wollen.

Die Caritas will mit ihrer Kampagne „Sei gut, Mensch!“ Stellung beziehen und auf die Bedeutung gesellschaftlichen Engagements aufmerksam machen. Wir brauchen gute Menschen, die Gutes tun! Tag für Tag ist in unzähligen Einrichtungen und Projekten der Kirche und ihrer Caritas erlebbar, wie haupt- und ehrenamtlich engagierte Probleme anpacken und anderen zur Seite stehen.

Dieses Engagement zeigt sich auf vielfältige Weise: In der Behindertenarbeit oder Altenpflege, in der politischen Arbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder im Einsatz für eine gelingende Integration. „Gut sein“ darf dabei nicht an Grenzen Halt machen, denn in anderen Ländern gibt es oft noch größeren Bedarf an Hilfe und Unterstützung.

Vieles ist möglich, wenn wir Menschlichkeit leben. Dies zeigt sich auch in unserer Diözese. (Hier können konkrete Beispiele aus der Diözese oder Pfarrei genannt werden, in denen Zuwanderer und Einheimische miteinander aktiv sind.)

Die Kollekte des Caritas-Sonntags ist für die vielfältigen Anliegen der Caritas in unseren Pfarrgemeinden und der Diözese bestimmt. Bitte unterstützen Sie durch Ihre Gabe die Arbeit der Caritas. Dafür danken wir Ihnen sehr herzlich.

Berlin, den 23. Juni 2020

Für das Bistum Hildesheim

+ Dr. Heiner Wilmer SCJ
Bischof von Hildesheim

Dieser Aufruf soll am Sonntag, dem 4. Oktober 2020 in allen Gottesdiensten verlesen bzw. in geeigneter Weise veröffentlicht werden.

Aufruf der deutschen Bischöfe zum Weltmissionssonntag 2020

Liebe Schwestern und Brüder,

„Selig, die Frieden stiften“ (Mt 5,9). Diese Seligpreisung Jesu ist das Leitwort zum Monat der Weltmission 2020. Auch in unserer Zeit ist sie hoch aktuell. Wie schwer ist es doch, Frieden zu halten und zu fördern!

Die diesjährige Aktion der missio- Werke lenkt den Blick auf Westafrika. In dieser Region lebten lange Zeit Menschen verschiedener Religionen und Ethnien friedlich zusammen. Gegenwärtig wird sie aber immer mehr zum Schauplatz von Anschlägen und Übergriffen. Mit Sorge nehmen wir wahr, wie dort Konflikte religiös aufgeladen werden, um Menschen gegeneinander aufzubringen und Gewalt anzufachen. Durch die Corona-Pandemie haben sich die Lebensbedingungen der Menschen zusätzlich verschlechtert.



Die Kirchen in Westafrika setzen sich durch interreligiöse Zusammenarbeit gegen den Missbrauch von Religion ein. Sie helfen, dass Konfliktparteien aufeinander zugehen und miteinander sprechen. Wo Menschen sich auf die Friedensbotschaft ihrer Religion besinnen, können sie gemeinsam Konflikte lösen, weichen verhärtete Fronten auf und Frieden wird möglich.

„Selig, die Frieden stiften.“ Mitten in unserer von Unfrieden geplagten Welt beruft und befähigt Gott Menschen, Friedensstifter zu sein. Wir bitten Sie: Setzen Sie am Weltmissionssonntag ein Zeichen. Beten Sie für unsere Schwestern und Brüder, die sich aktiv für Frieden und Versöhnung einsetzen! Unterstützen Sie bei der Kollekte am kommenden Sonntag die wichtigen Initiativen von missio!

Mainz, den 03.03.2020

Für das Bistum Hildesheim

+ Dr. Heiner Wilmer SCJ
Bischof von Hildesheim

Dieser Aufruf soll am Sonntag, dem 18. Oktober 2020, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) verlesen werden. Der Ertrag der Kollekte am 25. Oktober 2020 ist ausschließlich für die Päpstlichen Missionswerke missio in Aachen und München bestimmt.

Hinweise zur Durchführung der missio-Aktion zum Sonntag der Weltmission 2020 (missio Aachen)

Am 25. Oktober begehen wir in Deutschland den Sonntag der Weltmission, der in diesem Jahr im Zeichen der Initiative „Frieden leben“ der deutschen katholischen Werke und Diözesen steht. Mit dem Leitwort „Selig, die Frieden stiften“ (Mt 5,9) aus der Bergpredigt legt missio den Fokus auf Solidarität und sozialen Frieden. Aufgrund der weltweiten Covid 19-Krise wird vieles anders sein.

Schwerpunktregion Westafrika

Im Mittelpunkt der missio-Aktion steht die Kirche in Westafrika. Viele Länder dieser Region gehören schon heute zu den ärmsten der Welt. Das Gesundheitswesen ist oft mangelhaft und einer Pandemie in keiner Weise gewachsen. Probleme bei der Lebensmittelversorgung und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit lassen besonders in den fragilen Staaten Unruhen befürchten. Schon vor Corona wurde das friedliche Miteinander von Gewalt und terroristischen Anschlägen erschüttert. Die Kirche vor Ort ist vor große Herausforderungen gestellt und geht, so gut sie kann, auf die medizinischen und pastoralen Bedürfnisse der Menschen ein.

Der diesjährige Weltmissionssonntag bietet die Möglichkeit, solidarisch zu sein und zu zeigen, dass niemand alleine ist. missio stellt Partnerinnen und Partner vor, die an der Seite von Menschen in Not stehen und sich unermüdlich für Verständigung, soziale Gerechtigkeit und ein friedliches Miteinander einsetzen.

Eröffnung der missio-Aktion

Die bundesweite missio-Aktion 2020 startet voraussichtlich mit einem Festwochenende vom 2. bis 4. Oktober im Bistum Mainz. In einem feierlichen Pontifikalamt im Hohen Dom St. Martin zu Mainz eröffnet Bischof Peter Kohlgraf am 4. Oktober offiziell den Monat der Weltmission.

missio-Aktion in den Gemeinden

- Im August wird die Informationsmappe zum Weltmissionssonntag an alle Pfarrgemeinden geschickt.
- Anfang September folgt der Versand der bestellten Materialpakete.
- Das Plakat wird bestimmt von dem Motiv eines Olivenzweigs. In den Blättern sind missio-Partnerinnen und Partner zu sehen, die sich langfristig für das Wohlergehen ihrer Mitmenschen einsetzen. Besonders in Krisenzeiten sind sie Trostpender und Hoffnungsbringer.
Bitte hängen Sie das Plakat gut sichtbar in Ihrer Gemeinde aus.

missio-Kollekte am 25. Oktober

Die missio-Kollekte findet am Sonntag der Weltmission, den 25. Oktober 2020, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) statt. Das jeweilige Generalvikariat überweist die Spenden, einschließlich der später eingegangenen, an die missio-Werke. Auf ausdrücklichen Wunsch der Bischöfe soll die Kollekte zeitnah und ohne jeden Abzug von den Gemeinden über die Bistumskassen an missio weitergeleitet werden. Eine pfarreiinterne Verwendung der Kollektengelder, z.B. für Partnerschaftsprojekte, ist nicht zulässig. missio ist den Spendern gegenüber rechenschaftspflichtig. Sobald das Ergebnis der Kollekte vorliegt, sollte es der Gemeinde mit einem herzlichen Dank bekannt gegeben werden.

Informationen und Kontakt

Weitere Informationen und Materialien sowie Veranstaltungshinweise finden Sie auf www.missio-hilft.de/wms. Fragen zum Monat der Weltmission in den Diözesen beantwortet gerne die Bildungsabteilung bei missio: Tel.: 0241-7507-263 oder post@missio-hilft.de. Über bestellungen@missio-hilft.de oder Tel.: 0241-7507-350, Fax: 0241-7507-336 können Sie alle Materialien zum Weltmissionssonntag direkt bestellen.

Verlautbarung der Deutschen Bischofskonferenz

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz beabsichtigt, in Kürze folgende Broschüre herauszugeben:

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz

Nr. 34

Corona und die Suche nach der künftig gewesenen Zeit

Der Vorsitzende legt in diesem Text einige grundlegende Gedanken zur Corona-Pandemie dar und fragt nach dem, was aus der Pandemie für Kirche und Gesellschaft zu lernen sei. Der Text ist eine als

Essay verfasste Reflexion, die biblisch und theologisch den Erfahrungen der Pandemie nachgeht. Die Broschüre wird nach Erscheinen allen Pfarreien zugeschickt. Weitere Exemplare sind erhältlich bei:

Bischöfliches Generalvikariat, Hauptabteilung Pastoral, Domhof 18-21, 31134 Hildesheim, Tel.: 05121/307-301, Fax 05121/307-618.

Der Bischof von Hildesheim

Ordnung für die Wahl und Ernennung der Dechanten im Bistum Hildesheim

§ 1 – Grundsatz

In den Dekanaten im Bistum Hildesheim wird mit Ausnahme der Dekanate Braunschweig, Hannover und Untereichsfeld, in denen der Dechant durch den Bischof frei ernannt wird, der Dechant durch eine Wahlversammlung gewählt.

§ 2 – Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind

1. die im aktiven Dienst stehenden Priester, Diakone und die hauptberuflichen pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Dekanat einen pastoralen Auftrag wahrnehmen;
2. die stimmberechtigten Mitglieder des Dekanatspastoralrates, soweit sie nicht schon nach Ziffer 1 wahlberechtigt sind.

Wahlberechtigte, die nach Ziffer 1 in mehreren Dekanaten pastoral tätig sind, üben ihr Wahlrecht im Dekanat ihres Dienstsitzes aus.



- (2) Wählbar sind alle im aktiven Dienst stehenden Priester im Dekanat.

§ 3 – Wahlversammlung

- (1) Der Dechant lädt die Wahlberechtigten innerhalb des vom Bischöflichen Generalvikariat festgesetzten Zeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen zu einer Wahlversammlung ein. Diese ist nicht öffentlich.
- (2) Die nach § 2 Abs. 1 Ziffer 1 Wahlberechtigten sind zur Teilnahme an der Wahlversammlung verpflichtet. Wer an der Teilnahme verhindert ist, hat dies unverzüglich schriftlich unter Angabe der Gründe dem Dechanten anzuzeigen.
- (3) Die Wahlversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten und zugleich mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Priester anwesend sind. Ist dies nicht der Fall, so ist innerhalb von zwei Wochen erneut eine Wahlversammlung einzuberufen.

§ 4 – Wahlvorschläge

- (1) Mit der Einladung fordert der Dechant die Wahlberechtigten auf, innerhalb von drei Wochen Wahlvorschläge für das Amt des Dechanten zu unterbreiten. Die Wahlvorschläge sind von mindestens drei Wahlberechtigten zu unterzeichnen.
- (2) Der Dechant prüft die eingegangenen Wahlvorschläge und verständigt den Bischof darüber. Danach holt er das Einverständnis der Vorgeschlagenen ein. Eine Woche vor der Wahlversammlung teilt er die Namen der vorgeschlagenen und zur Kandidatur bereiten Priester den Wahlberechtigten mit.

§ 5 – Wahlvorstand

- (1) Von der Wahlversammlung wird aus dem Kreis der Mitglieder der Wahlversammlung ein Wahlvorstand gebildet, dem drei Personen angehören. Diese dürfen nicht zur Wahl stehen.

- (2) Der Wahlvorstand hat die Wahl durchzuführen und zu protokollieren sowie das Wahlergebnis festzustellen. Hierbei ist eine Niederschrift in drei Ausfertigungen anzufertigen, die vom Wahlvorstand zu unterzeichnen ist. Eine Ausfertigung ist zusammen mit den übrigen Wahlunterlagen bei den Dekanatsakten aufzubewahren. Ferner übermittelt der Wahlvorstand das Wahlergebnis zusammen mit je einer Ausfertigung des Wahlprotokolls an den Bischof und an den Geschäftsführer des Priesterrates. Er hat durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass das Wahlgeheimnis gewährleistet ist.

§ 6 – Wahlvorgang

- (1) Vor Beginn der Wahl ist den Kandidaten Gelegenheit zu geben, sich den Wahlberechtigten vorzustellen. Anschließend erfolgt eine Aussprache in Abwesenheit der Kandidaten.
- (2) Die Wahl erfolgt schriftlich.
- (3) Es sind bis zu drei Wahlgänge durchzuführen. Alle Wahlgänge müssen so erfolgen, dass die Kandidaten auf einer gemeinsamen Liste aufgeführt sind. Jeder Wahlberechtigte kann eine Stimme für einen Kandidaten abgeben.
- (4) Wenn im ersten Wahlgang kein Kandidat die in § 7 Abs. 1 erforderliche Mehrheit erhält, finden bis zu zwei weitere Wahlgänge statt. Ein Kandidat kann bis zum Abschluss der Wahl jeweils vor einem neuen Wahlgang seine Kandidatur zurückziehen.
- (5) Hat auch nach drei Wahlgängen kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erhalten, ist die Wahl gescheitert.
- (6) Auf Antrag des Dekanatspastoralrats ist eine Briefwahl möglich. Der Antrag ist an das Bischöfliche Generalvikariat zu richten.

§ 7 – Wahlergebnis

- (1) In den ersten beiden Wahlgängen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen aller anwesenden Wahlberechtigten auf sich vereint (absolute Mehrheit). Im dritten Wahlgang ist die einfache Mehrheit sowohl aller anwesenden Wahlberechtigten ausreichend (relative Mehrheit).
- (2) Der Wahlvorstand stellt das Wahlergebnis fest und gibt es der Wahlversammlung bekannt.

§ 8 – Wahleinsprüche

- (1) Einsprüche gegen die Wahl sind spätestens innerhalb einer Woche nach der Wahl schriftlich unter Angabe von Gründen an den Wahlvorstand zu richten. Einspruchsberechtigt ist jede und jeder Wahlberechtigte.
- (2) Der Einspruch kann nur auf Verletzung wesentlicher Wahlvorschriften gestützt werden, die das Wahlergebnis haben beeinflussen können.
- (3) Der Wahlvorstand leitet den Einspruch mit einer Stellungnahme an den Bischöflichen Generalvikar weiter. Dieser entscheidet innerhalb von zwei Wochen endgültig und teilt seine Entscheidung den Beteiligten mit.

§ 9 – Ernennung

- (1) Nach Abschluss des Wahlverfahrens erhält der Gewählte sein Amt durch Ernennung durch den Bischof.
- (2) Ist die Wahl gemäß § 6 Abs. 5 gescheitert, so ernennt der Bischof einen Dechanten.

§ 10 – Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am 1. September 2020 in Kraft. Mit dem gleichen Tag verliert die „Ordnung für die Wahl und Ernennung der Dechanten im Bistum Hildesheim“ vom 6. Mai 2006 in der Fassung vom 15. Februar 2008, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Ordnung für die Wahl der Dechanten im Bistum Hildesheim vom 14.05.2020 ihre Gültigkeit.

Hildesheim, den 28. Juli 2020

L.S.

+ Dr. Heiner Wilmer SCJ
Bischof von Hildesheim



**Beschlüsse
der Bundeskommission 2/2020
vom 18. Juni 2020**

A. Änderungen der Anlagen 14 und 30 zu den AVR (Tarifrunde Ärztinnen und Ärzte)

I. Änderungen in Anlagen 14 und in 30 zu den AVR

1. § 1 Absatz 1 der Anlage 30 zu den AVR wird um einen neuen Satz 2 ergänzt:

„§ 1 Geltungsbereich

(1) ¹Diese Anlage gilt für Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte, die in

- a) Krankenhäusern einschließlich psychiatrischer Kliniken und psychiatrischer Krankenhäuser,
- b) medizinischen Instituten von Krankenhäusern/Kliniken (z. B.: pathologischen Instituten, Röntgeninstituten oder Institutsambulanzen),
- c) sonstigen Einrichtungen und Heimen (z. B.: Reha-Einrichtungen), in denen die betreuten Personen in teilstationärer oder stationärer ärztlicher Behandlung stehen, wenn die ärztliche Behandlung in den Einrichtungen selbst stattfindet,

beschäftigt sind.

²Diese Anlage gilt auch für Ärztinnen und Ärzte in sonstigen Einrichtungen, sofern sie eine ärztliche Tätigkeit ausüben.

(2) (...)“

2. a) In § 2 Satz 1 der Anlage 30 zu den AVR werden die folgenden mittleren Werte festgelegt:

„ab 01. 01.2020 27,86 Euro“.

- b) Es wird eine neue Anmerkung 3 eingefügt:

„3. Ärztinnen und Ärzte, die originär für den Rettungsdienst eingestellt und ausschließlich im Rettungsdienst tätig sind, erhalten keinen Einsatzzuschlag.“

3. a) In § 8 Absatz 2 Satz 1 der Anlage 30 zu den AVR werden die folgenden mittleren Werte festgelegt:

„ab 01. 01.2020:

EG	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
IV	42,25	42,25	-	-	-	-
III	38,83	38,83	39,97	-	-	-
II	35,97	35,97	37,11	37,11	38,27	38,27
I	30,25	30,25	31,39	31,39	32,54	32,54

- b) In Satz 3 wird die Angabe „30.November 2015“ durch die Angabe „30.09.2021“ ersetzt.

4. Die mittleren Werte nach § 13 i. V. m. Anhang A der Anlage 30 zu den AVR werden, wie aus dem Anhang ersichtlich, der Teil dieses Beschlusses ist, ab dem 01.01.2020 neu festgelegt.

5. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 wird in § 6 der Anlage 30 zu den AVR der Absatz 5 neu gefasst:

„(5) ¹Wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Bereitschaftsdienst fällt, kann im Rahmen des § 7 Abs. 2a ArbZG und innerhalb der Grenzwerte nach Absatz 2 eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit über acht Stunden hinaus auch ohne Ausgleich erfolgen. ²Die wöchentliche Arbeitszeit darf dabei durchschnittlich bis zu 56 Stunden betragen.“

6. Mit Wirkung ab dem 1. April 2020 wird § 8 der Anlage 30 zu den AVR wie folgt geändert:

- a) § 8 Absatz 3 wird neu gefasst:

„(3) ¹Die Ärztin / Der Arzt erhält zusätzlich zum Stundenentgelt gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 für die Zeit des Bereitschaftsdienstes je Stunde einen Zuschlag in Höhe von 15 v.H. des Stundenentgelts gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1. ²Dieser Zuschlag kann nicht in Freizeit abgegolten werden.“

- b) In § 8 Absatz 6 wird der bisherige Satz 2 einschließlich der Protokollerklärung hierzu gestrichen.

§ 8 Absatz 6 wird neu gefasst:

„¹Für die nach Absatz 1 für einen Dienst errechnete Arbeitszeit kann bei Ärztinnen und Ärzten zum Zweck der Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes anstelle der Auszahlung der sich nach den Absätzen 1 und 2 ergebenden Vergütung dieses Dienstes zum Zwecke der Gewährung der gesetzlichen Ruhezeit für diesen Dienst in dem erforderlichen Umfang Freizeit (Freizeitausgleich) gewährt werden. ²Im Einvernehmen mit der Ärztin/dem Arzt kann weitergehender Freizeitausgleich für Bereitschaftsdienste gewährt werden, soweit dies nicht aufgrund anderer Bestimmungen dieser Anlage ausgeschlossen ist.“

7. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 wird § 10 der Anlage 30 zu den AVR wie folgt neu gefasst:

„§ 10 Arbeitszeitdokumentation

¹Die Arbeitszeiten der Ärztinnen und Ärzte sind durch elektronische Verfahren oder auf andere Art mit gleicher Genauigkeit so zu erfassen, dass die gesamte Anwesenheit am Arbeitsplatz dokumentiert ist. ²Dabei gilt die gesamte Anwesenheit der Ärztinnen und Ärzte abzüglich der tatsächlich gewährten Pausen als Arbeitszeit. ³Eine abweichende Bewertung ist nur bei Nebentätigkeiten zulässig, die keine Dienstaufgaben sind, und bei privaten Tätigkeiten des Arztes / der Ärztin. ⁴Die Ärztin / Der Arzt hat insbesondere zur Überprüfung der dokumentierten Anwesenheitszeiten nach Satz 1 ein persönliches Einsichtsrecht in die Arbeitszeitdokumentation. ⁵Die Einsicht ist unverzüglich zu gewähren.

Anmerkungen zu § 10:

1. Bei einer außerplanmäßigen Überschreitung der täglichen Höchstarbeitszeit von zehn Stunden haben die Ärztinnen und Ärzte dem Dienstgeber auf dessen Verlangen den Grund der Überschreitung mitzuteilen.
2. Für die private Veranlassung gemäß Satz 3 trägt der Dienstgeber nach den allgemeinen Regeln des Arbeitsrechts die Darlegungs- und Beweislast.“

8. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 wird § 3 Absatz 5 der Anlage 30 zu den AVR wie folgt gefasst:

„(5) ¹Die tägliche Arbeitszeit kann im Schichtdienst auf bis zu zwölf Stunden ausschließlich der Pausen ausgedehnt werden. ²In unmittelbarer Folge dürfen nicht mehr als vier über zehn Stunden dauernde Schichten und in einem Zeitraum von zwei Kalenderwochen nicht mehr als insgesamt acht über zehn Stunden dauernde Schichten geleistet werden. ³Zwischen der Ableistung von Bereitschaftsdienst und einer Schicht i.S.d. Satz 1 muss jeweils ein Zeitraum von 72 Stunden liegen.“

9. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 wird § 6 der Anlage 30 zu den AVR wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Die Verlängerung der werktäglichen Arbeitszeit im Sinne von Absatz 2 ist auf Fälle beschränkt, in denen sich die Leistung von Bereitschaftsdienst an einen maximal acht Stunden dauernden Arbeitsabschnitt im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit anschließt. ²Ein sich unmittelbar an den Bereitschaftsdienst anschließender Arbeitsabschnitt im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit ist beispielsweise zum Zwecke der Übergabe zulässig, sofern dieser nicht länger als 60 Minuten dauert und sich der dem Bereitschaftsdienst vorangegangene Arbeitsabschnitt entsprechend verkürzt.“

b) Nach Absatz 5 wird folgende Anmerkung eingefügt:

„Anmerkung zu § 6 Absatz 1 bis 5:
Übergaben können auch im Bereitschaftsdienst erfolgen.“

c) Nach Absatz 9 wird ein neuer Absatz 10 angefügt:

„(10) ¹Bei der Anordnung von Bereitschaftsdiensten gemäß der Absätze 2 bis 5 hat die Ärztin / der Arzt grundsätzlich innerhalb eines Kalenderhalbjahres monatlich im Durchschnitt nur bis zu vier Bereitschaftsdienste zu leisten. ²Darüber hinausgehende Bereitschaftsdienste sind nur zu leisten, wenn andernfalls eine Gefährdung der Patientensicherheit droht. ³Die Bewertung der die Grenze nach Satz 1 überschreitenden Dienste richtet sich nach § 8 Abs. 3 Satz 3.

Anmerkungen zu Absatz 10:

- 1a) ¹Für kleine Fachabteilungen kann die in Satz 1 genannte Zahl der Bereitschaftsdienste auf maximal sieben Dienste pro Monat erhöht werden. ²Darüber hinausgehende Bereitschaftsdienste sind nur zu leisten, wenn andernfalls eine Gefährdung der Patientensicherheit droht. ³Der Zuschlag gem. § 8 Abs. 3 erhöht sich ab mehr als vier Bereitschaftsdiensten im Kalendermonat für jede darüber hinaus geleistete Bereitschaftsdienststunde um 5,0 Prozentpunkte. ⁴Die Ärztinnen und Ärzte, die innerhalb eines Kalenderhalbjahres monatlich im Durchschnitt mehr als vier Bereitschaftsdienste leisten, erhalten zusätzlich pro Kalenderhalbjahr einen Tag Zusatzurlaub; die Höchsturlaubstage nach § 17 Absatz 5 erhöhen sich jeweils um zwei Tage. ⁵Absatz 10 Satz 3 findet keine Anwendung.
 - b) ¹Kleine Fachabteilungen im Sinne dieser Regelung sind nur solche, die unter direkter Leitung einer Chefarztin, eines Chefarztes oder einer leitenden Ärztin, eines leitenden Arztes stehen und in denen fachlich zwingend ein eigener Bereitschaftsdienst organisiert werden muss; hierunter fallen nicht (fach-)bereichsübergreifende Dienste und keine Dienste sogenannter „Bereitschaftsdienstpools“. ²Kleine Fachabteilungen sind nur Einheiten mit maximal 7,0 am Bereitschaftsdienst teilnehmenden Ärzten (VK-Werte).
 - c) ¹Voraussetzung für die Anwendung dieser Regelung ist ferner eine Dienstvereinbarung mit dem Inhalt, dass diese Regelung angewandt wird und für welche kleine Fachabteilung sie gilt. ²Inhaltliche Veränderungen der Regelung nach Anmerkung Nr. 1 a) bis d) zu Absatz 10 sind durch die Dienstvereinbarung nicht möglich.
 - d) Die Regelung nach Anmerkung Nr. 1 zu Absatz 10 ist befristet bis zum 31.03.2022.
2. Bei der Teilung von Wochenenddiensten werden Bereitschaftsdienste bis zu maximal zwölf Stunden mit 0,5 eines Dienstes gewertet.
 3. ¹Der Beginn des Ausgleichszeitraumes nach Satz 1 kann innerhalb des Jahres durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung abweichend festgelegt werden. ²Der Beginn der sich daran anschließenden Ausgleichszeiträume verändert sich entsprechend.“



d) Nach Absatz 10 wird folgender neuer Absatz 11 angefügt:

„(11) ¹Die Lage der Dienste der Ärztinnen und Ärzte wird in einem Dienstplan geregelt, der spätestens einen Monat vor Beginn des jeweiligen Planungszeitraumes aufgestellt wird. ²Wird die vorstehende Frist nicht eingehalten, so erhöht sich die Bewertung des Bereitschaftsdienstes gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 für jeden Dienst des zu planenden Folgemonats um 10 Prozentpunkte bzw. wird zusätzlich zum Rufbereitschaftsentgelt ein Zuschlag von 10 v.H. des Entgelts gemäß § 7 Abs. 3 auf jeden Dienst des zu planenden Folgemonats gezahlt. ³Ergeben sich nach der Aufstellung des Dienstplanes Gründe für eine Änderung des Dienstplanes, die in der Person einer Ärztin / eines Arztes begründet sind oder die auf nicht vorhersehbaren Umständen beruhen, kann der Dienstplan nach Aufstellung geändert werden. ⁴Die Mitbestimmung nach der Aufstellung des Dienstplanes bleibt unberührt. ⁵Liegen bei einer notwendigen Dienstplanänderung nach Satz 3 zwischen der Dienstplanänderung und dem Antritt des Dienstes weniger als drei Tage, erhöht sich die Bewertung des Bereitschaftsdienstes gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 um 10 Prozentpunkte bzw. wird zusätzlich zum Rufbereitschaftsentgelt ein Zuschlag von 10 v.H. des Entgelts gemäß § 7 Abs. 3 gezahlt. ⁶Eine notwendige Dienstplanänderung i.S.d. Satzes 5 liegt zum Beispiel vor, wenn die Änderung aufgrund Arbeitsunfähigkeit oder Beschäftigungsverbot erfolgt. ⁷Satz 5 gilt nicht, wenn die Änderung allein aufgrund persönlichen Wunsches der Ärztin / des Arztes erfolgt.“

e) Nach Absatz 11 wird ein neuer Absatz 12 angefügt:

„(12) ¹Bei der Anordnung von Bereitschaftsdienst oder Rufbereitschaft gemäß der Absätze 2 bis 9 hat die Ärztin / der Arzt an mindestens zwei Wochenenden (Freitag ab 21 Uhr bis Montag 5 Uhr) pro Monat im Durchschnitt innerhalb eines Kalenderhalbjahres keine Arbeitsleistung (regelmäßige Arbeit, Bereitschaftsdienst oder Rufbereitschaft) zu leisten. ²Darüber hinausgehende Arbeitsleistung (regelmäßige Arbeit, Bereitschaftsdienst oder Rufbereitschaft) sind nur zu leisten, wenn andernfalls eine Gefährdung der Patientensicherheit droht. ³Auf Antrag der Ärztin / des Arztes sind die nach Satz 2 nicht gewährten freien Wochenenden innerhalb des nächsten Kalenderhalbjahres zusätzlich zu gewähren, jede weitere Übertragung auf das darauffolgende Kalenderhalbjahr ist nicht möglich. ⁴Am Ende dieses zweiten Kalenderhalbjahres müssen alle freien Wochenenden gewährt sein. ⁵Der Antrag nach Satz 3 ist innerhalb von vier Wochen nach Ablauf des Ausgleichszeitraumes nach Satz 1 zu stellen. ⁶Jedenfalls ein freies Wochenende pro Monat ist zu gewährleisten.“

Anmerkung zu Absatz 12:

Der Beginn der Ausgleichszeiträume nach den Sätzen 1 und 3 kann durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung abweichend festgelegt werden.“

10. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 werden in § 8 Absatz 3 der Anlage 30 zu den AVR nach Satz 2 folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„³Ab mehr als monatlich vier Diensten im Sinne von § 6 Abs. 10 Satz 1 erhöht sich die Bewertung des Bereitschaftsdienstes gem. § 8 Abs. 1 um 10 Prozentpunkte; dieser Zuschlag erhöht sich bei jedem weiteren Bereitschaftsdienst um weitere 10 Prozentpunkte. ⁴Die Auszahlung erfolgt halbjährlich.“

11. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 wird § 2 Absatz 1 der Anlage 14 zu den AVR um folgende Anmerkung ergänzt:

„Anmerkung zu Absatz 1:

Bei der Bemessungsgrundlage nach Satz 1 ist der Zuschlag gemäß § 8 Absatz 3 Sätze 3 und 4 der Anlage 30 zu den AVR in jedem Monat des Berechnungszeitraumes mit einem Sechstel zu berücksichtigen.“

12. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 wird § 8 Absatz 1 Satz 1 der Anlage 30 zu den AVR neu gefasst:
„¹Zum Zwecke der Entgeltberechnung wird die Zeit des Bereitschaftsdienstes einschließlich der geleisteten Arbeit nach dem Maß der während des Bereitschaftsdienstes erfahrungsgemäß durchschnittlich anfallenden Arbeitsleistungen wie folgt als Arbeitszeit gewertet:

	Arbeitsleistung innerhalb des Bereitschaftsdienstes	Bewertung als Arbeitszeit
I	bis zu 25 v.H.	70 v.H.
II	mehr als 25 bis 40 v.H.	85 v.H.
III	mehr als 40 bis 49 v.H.	100 v.H.“

13. § 19 der Anlage 30 zu den AVR wird ersatzlos gestrichen.
14. Die Regionalkommissionen können Einmalzahlungen zur Umsetzung der Tariferhöhungen festlegen.
15. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 wird ein neuer § 13b in die Anlage 30 zu den AVR eingefügt:

„§ 13b Einmalzahlung für das Jahr 2021

- (1) ¹Die Ärztinnen und Ärzte in Krankenhäusern, die im Kalendermonat Januar 2021 an mindestens einem Tag in einem Dienstverhältnis zum Dienstgeber stehen, erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 700,00 Euro (mittlerer Wert). ²Die Einmalzahlung wird im Januar 2021 ausgezahlt.
- (2) § 13a der Anlage 30 AVR gilt entsprechend.
- (3) Im Falle eines Dienstgeberwechsels im Monat Januar 2021 wird kein weiterer Anspruch auf die Einmalzahlung nach Absatz 1 begründet.
- (4) Die Einmalzahlung ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen nicht zu berücksichtigen.“



II. Inkrafttreten und Befristung mittlerer Werte

1. Inkrafttreten

Die Änderungen nach Ziffern I.1. bis I.4. treten zum 1. Januar 2020 in Kraft.

Die Änderungen nach Ziffern I.6, I.13 und I.14 treten zum 1. April 2020 in Kraft.

Die Änderungen nach Ziffern I.5., I.7. bis I.12 und I.15. treten zum 1. Januar 2021 in Kraft.

2. Befristung mittlere Werte

Die mittleren Werte nach Ziffern I.2. bis I.4. und I.15. sind befristet bis zum 30. September 2021.

Anhang (zu Ziffer I.4)

Anlage 30 – Anhang A

Tabelle AVR Ärztinnen und Ärzte gültig ab 1. Januar 2020 (monatlich in Euro)						
Entgelt- gruppe	Grund- entgelt	Entwicklungsstufen				
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
I	4.694,75	4.960,89	5.150,94	5.480,39	5.873,21	6.034,78
II	6.196,32	6.715,85	7.172,04	7.438,15	7.697,88	7.957,64
III	7.761,27	8.217,43	8.870,03	-	-	-
IV	9.129,74	9.782,39	-	-	-	-

Protokollerklärung (kein AVR-Text): Die Bundeskommission beschließt, dass Dienstgeberseite und Mitarbeiterseite gemeinsam die Regelung für kleine Fachabteilungen gemäß Anmerkung Nr. 1 zu § 6 Abs. 10 der Anlage 30 zu den AVR rechtzeitig vor deren Auslaufen, mindestens aber neun Monate vorher evaluieren werden (insbesondere: Häufigkeit der Anwendung, Art und Größe der Fachabteilungen, Zahl der Bereitschaftsdienste).

B. Inklusionsbetriebe nach Anlage 20 zu den AVR

I. Übertragung der Regelungszuständigkeit auf Regionalkommissionen:

Gemäß § 13 Abs. 6 Satz 1 Alt. 2 AK-Ordnung wird an die Regionalkommissionen die Regelungszuständigkeit zur Regelung der Arbeitsbedingungen bzw. Vergütungsregelungen – ausgenommen der Bestimmungen über die betriebliche Altersversorgung – von Mitarbeitern nach § 1 Abs. 2 der Anlage 20 zu den AVR in Inklusionsbetrieben mit Tätigkeitsfeldern, für die Tarifverträge im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 der Anlage 20 zu den AVR nicht bestehen, mit Wirkung zum 01.06.2020 mit folgenden Maßgaben übertragen:

- den Dienstverträgen können als Mindestinhalt auch die branchenüblichen, regional geltenden Arbeitsbedingungen bzw. Vergütungsregelungen zu Grunde gelegt werden;
- Dienstgeber müssen für die Anwendung dieser Regelung bei der zuständigen Regionalkommission der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes einen in Textform zu begründenden Antrag stellen;
- die Regionalkommission kann vom Dienstgeber geeignete Unterlagen anfordern;
- die Regionalkommission entscheidet über einen solchen Antrag innerhalb von sechs Monaten durch Beschluss;
- die Regionalkommission hat – soweit sie Abweichungen von den Bestimmungen der AVR zulässt – diese zeitlich zu befristen;
- die sechsmonatige Bearbeitungsfrist beginnt mit der Feststellung des Eingangs der Antragsunterlagen durch die Kommissionsgeschäftsstelle;
- bis zu einer Entscheidung der Regionalkommission über einen solchen Antrag gelten die ursprünglichen arbeitsvertraglichen Regelungen weiter.

Die Übertragung der Regelungszuständigkeit ist befristet bis zum 31. Dezember 2025.

II. Änderung in § 2 der Anlage 20 zu den AVR:

§ 2 Abs. 2 Satz 2 der Anlage 20 zu den AVR wird wie folgt neu gefasst:

„²Anstelle der tariflichen Bestimmungen über die betriebliche Altersversorgung finden Abschnitt XIII der Anlage 1 und Anlage 8 entsprechend Anwendung.“

III. Inkrafttreten

Die Änderungen treten zum 1. Juni 2020 in Kraft.



C. Klarstellung zur Weihnachtszuwendung für Auszubildende in Anlage 7 zu den AVR

- I. Absatz (a) Satz 1 Nr. 1 Abschnitt XIV der Anlage 1 zu den AVR wird wie folgt neu gefasst:

„¹Der Mitarbeiter erhält in jedem Kalenderjahr eine Weihnachtszuwendung, wenn er

1. am 1. Dezember des laufenden Kalenderjahres im Dienstverhältnis oder Ausbildungsverhältnis gemäß Anlage 7 steht und“

- II. Inkrafttreten

Die Änderungen treten rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft.

D. Ausschlussfristen in § 23 AT AVR

- I. § 23 Abs. 1 S. 2 AT AVR wird wie folgt neu gefasst:

„²Diese Ausschlussfrist gilt nicht für die Haftung aufgrund Vorsatzes, für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder für Ansprüche des Mitarbeiters, die kraft Gesetzes dieser Ausschlussfrist entzogen sind.“

- II. Inkrafttreten

Die Änderungen treten zum 1. Juni 2020 in Kraft.

E. Änderungen in der Anlage 33 zu den AVR

- I. Änderungen in § 13 Abs. 4 der Anlage 33 zu den AVR

In § 13 Abs. 4 der Anlage 33 zu den AVR werden die Sätze 8 und 9 neu eingefügt:

„⁸Bei der Höhergruppierung aus der Entgeltgruppe S 8b in die S 9 wird die bisher in der jeweiligen Stufe der Entgeltgruppe S 8b zurück gelegte Stufenlaufzeit auf die Stufenlaufzeit in der Entgeltgruppe S 9 angerechnet; ist damit am Tag der Höhergruppierung die Stufenlaufzeit zum Erreichen der nächsthöheren Stufe der Entgeltgruppe S 9 erfüllt, ist der Mitarbeiter in diese eingruppiert und die Stufenlaufzeit beginnt in dieser nächsthöheren Stufe neu. ⁹Die Regelungen nach Satz 8 sind befristet bis zum 30.09.2021.“

II. Änderung in Anhang B zur Anlage 33 zu den AVR

1. Die Anmerkung Nr. 6 zu den Tätigkeitsmerkmalen der Entgeltgruppen S 2 bis S 18 wird um einen neuen Buchstaben g) ergänzt: „g) Tätigkeiten in Abteilungen oder Stationen psychiatrischer Kliniken“
2. Die Anmerkung Nr. 30 wird wie folgt neu gefasst:

„30 ¹Der Dienstgeber kann zur Deckung des Personalbedarfs eine monatliche Zulage an den Mitarbeiter zahlen, deren Höhe mindestens 150,00 Euro betragen soll. ²Hat der Dienstgeber bereits vor dem 01.04.2020 eine solche Zulage an den Mitarbeiter gezahlt, kann er an diesen Mitarbeiter weiterhin eine monatliche Zulage zahlen, deren Höhe mindestens 80,00 Euro betragen soll.“

3. Die Anmerkung Nr. 31 wird neu eingefügt:

„31 ¹Der Dienstgeber kann zur Deckung des Personalbedarfs an Mitarbeiter mit koordinierender Tätigkeit (Anmerkung 11, Buchstabe e) oder als Leiter einer Gruppe (Anmerkung 11, Buchstabe h, 2. Alternative) eine monatliche Zulage zahlen, deren Höhe mindestens 80,00 Euro betragen soll. ²Die Regelung nach Satz 1 ist befristet bis zum 30.09.2021.“

III. Die Änderungen treten rückwirkend zum 1. April 2020 in Kraft.

Freiburg, den 18. Juni 2020

Heinz-Josef Kessmann
Vorsitzender der Arbeitsrechtlichen Kommission

Vorstehende Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 18.06.2020 setze ich für das Bistum Hildesheim in Kraft.

Hildesheim, den 18.08.2020

L.S.

+ Dr. Heiner Wilmer SCJ
Bischof von Hildesheim



Regelungsziel und wesentlicher Inhalt

A. Änderungen der Anlagen 14 und 30 zu den AVR (Tarifrunde Ärztinnen und Ärzte)

Zu Ziffer I.1.:

Mit der Änderung des Geltungsbereichs unterfallen alle Ärzte und Zahnärzte der Anlage 30 zu den AVR.

Ärzte im Rettungsdienst, die als Notärzte im Rettungsdienst angestellt sind, sowie vereinzelt im Bereich der Behindertenhilfe angestellte Ärzte wurden bisher nach Anlagen 2 und 3 zu den AVR eingruppiert und vergütet.

Im Sinne einer einheitlichen Tarifierung aller Ärzte und Zahnärzte im Geltungsbereich der AVR-Caritas wird mit der o.g. Änderung des § 1 Abs. 1 der Anlage 30 zu den AVR gewährleistet, dass sie unter die Anlage 30 zu den AVR fallen.

Zu Ziffern I.2. bis I.13.:

Mit den in Ziffern I.2. bis I.13. genannten Änderungen werden die wesentlichen Inhalte des Abschlusses zwischen VKA und Marburger Bund für die Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern im Rahmen der Tarifrunde 2019 zum TV-Ärzte/VKA vom 22. Mai 2019 (Änderungstarifvertrag Nr. 7 zum TV-Ärzte/VKA) für die Anlage 30 zu den AVR umgesetzt. Für kleine Fachabteilungen wird eine Ausnahmeregelung in Form einer Öffnung der Begrenzung der Bereitschaftsdienste auf grundsätzlich innerhalb eines Kalenderhalbjahres monatlich im Durchschnitt bis zu vier geschaffen.

B. Inklusionsbetriebe nach Anlage 20 zu den AVR

In Einrichtungen nach Anlage 20 zu den AVR (Inklusionsbetriebe, § 215 Abs. 1 SGB IX) arbeiten schwerbehinderte Menschen im Sinne von § 215 SGB IX, die Schwierigkeiten haben, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden. Um die Existenz dieser Einrichtungen – und damit die Arbeitsplätze der schwerbehinderten Mitarbeiter – dauerhaft zu sichern, kann es notwendig sein, dass die Personalkosten das branchenübliche Niveau nicht übersteigen und Produkte und Dienstleistungen zu konkurrenzfähigen Preisen angeboten werden. Mit einer Vergütung nach den üblichen Entgeltgruppen der AVR können diese Parameter nicht immer erfüllt werden. Durch die Übertragung der Regelungskompetenz auf die Regionalkommissionen wird eine Regelung auch für solche Bereiche möglich, in denen branchenübliche, regional geltende tarifvertragliche Regelungen nicht oder nicht mehr bestehen.

C. Klarstellung zur Weihnachtszuwendung für Auszubildende in Anlage 7 zu den AVR

Der Beschluss stellt klar, dass auch für Auszubildende, die dem durch Beschluss vom 4. Juli 2019 eingeführten Abschnitt G der Anlage 7 zu den AVR unterfallen, ein Anspruch auf die Zahlung der Weihnachtszuwendung besteht.

D. Ausschlussfristen in § 23 AT AVR

Regelungsziel der Neufassung von § 23 Abs. 1 S. 2 AT AVR ist es, die Regelung der AVR zu Ausschluss- und Verfallfristen in § 23 AT AVR vor dem Hintergrund jüngerer Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes zu diesem Themenfeld rechtssicher zu gestalten.

E. Änderungen in der Anlage 33 zu den AVR

I. Änderungen in § 13 Abs. 4 der Anlage 33 zu den AVR

Mit der Regelung wird sichergestellt, dass die Laufzeit in der jeweiligen Stufe in der Entgeltgruppe S 8b bei der Höhergruppierung in die Entgeltgruppe S 9 (deren Tabellenwerte identisch sind) angerechnet wird. Dadurch sollen finanzielle Verluste beim Mitarbeiter aufgrund von Höhergruppierung vermieden werden.

II. Änderung in Anhang B der Anlage 33 zu den AVR

1. Ergänzung in Anmerkung 6

Der Beschluss bezieht in Einklang mit der Rechtsprechung die Tätigkeit von Erzieherinnen und Erzieher in psychiatrischen Kliniken in das Merkmal „besonders schwierige fachliche Tätigkeit“ ein.

2. Zulage nach Anmerkung 30 zu den Tätigkeitsmerkmalen

Mit der Änderung wird die bereits existierende Kann-Regelung für eine Zulage nach Anmerkung 30 des Anhangs B der Anlage 33 zu den AVR an die Rückmeldungen aus der Praxis nach einer höheren tariflichen Vorgabe angepasst. Der Betrag der Kann-Zulage wird auf mindestens 150 Euro erhöht. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass der Dienstgeber, der bereits vor dem 01.04.2020 an den Mitarbeiter eine Zulage nach Anmerkung 30 gezahlt hat, an diesen Mitarbeiter auch weiterhin mindestens 80 Euro zahlen kann und nicht mindestens 150 Euro.

3. Zulage nach Anmerkung 31 zu den Tätigkeitsmerkmalen

Mit der Änderung wird die bereits existierende Kann-Regelung für eine Zulage nach Anmerkung 30 des Anhangs B der Anlage 33 zu den AVR für Erzieher in der Entgeltgruppe S 9 auf Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in der Entgeltgruppe S 12 erweitert, die koordinierend für mehrere Mitarbeiter mindestens der Entgeltgruppe S 9 oder als Leiter einer Gruppe tätig sind.

Hierfür wird eine neue Anmerkung 31 im Anhang B der Anlage 33 zu den AVR ergänzt. Der Betrag der Kann-Zulage beträgt mindestens 80 Euro. Die in Buchstabe h formulierte Tätigkeit in gruppenergänzenden Diensten wird nicht von der Zulage erfasst.

Beschlusskompetenz

Die Regelungen gestalten Rechtsnormen über den Inhalt des Dienstverhältnisses nach § 1 Abs. 4 Satz 1 AK-Ordnung. Damit besteht die Kompetenz der Bundeskommission nach § 13 Abs. 1 Satz 1 AK-Ordnung zur Regelung. Soweit die Bundeskommission Beschlüsse zur Festlegung der Höhe der Vergütungsbestandteile, des Umfangs der regelmäßigen Arbeitszeit und des Umfangs des Erholungsurlaubs i. S. d. § 13 Abs. 3 Satz 1 AK-Ordnung gefasst hat, handelt es sich um mittlere Werte.



**Beschluss
der Regionalkommission Nord
am 08. Juli 2020**

Die Regionalkommission Nord beschließt:

- I. Übernahme der ab dem 1. Januar 2020 beschlossenen mittleren Werte

Der Beschluss der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission vom 18. Juni 2020 zur Ärzte-Tarifrunde, Änderungen in der Anlage 30 zu den AVR wird hinsichtlich aller dort beschlossenen mittleren Werte zur Entgelt- und Vergütungshöhe sowie zur Einmalzahlung nach Ziffer I.15 des o.g. Beschlusses der Bundeskommission mit der Maßgabe übernommen, dass alle dort beschlossenen mittleren Werte zu denselben Zeitpunkten, beginnend ab dem 1. Januar 2020 als neue Entgelt- und Vergütungswerte sowie als Einmalzahlung für den Bereich der Regionalkommission Nord festgesetzt werden.

- II. Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft.

08. Juli 2020

Werner Negwer
Vorsitzender der Regionalkommission Nord

Vorstehenden Beschluss der Regionalkommission Nord des Deutschen Caritasverbandes vom 8. Juli 2020 setze ich für das Bistum Hildesheim in Kraft.

Hildesheim, den 20. August 2020

L.S.

+ Dr. Heiner Wilmer SCJ
Bischof von Hildesheim

Regelungsziel und wesentlicher Inhalt

Der Beschluss beinhaltet Erhöhungen der Vergütungswerte für den Bereich der Regionalkommission Nord im Rahmen der aktuellen Ärzte-Tarifrunde

**Änderungen zur Dienstordnung und
Disziplinarordnung für die kirchlichen Beamten
in der Diözese Hildesheim**

Artikel 1

§ 3 Abs. 4 der Dienstordnung für die kirchlichen Beamten im Bistum Hildesheim vom 15.09.2015 erhält folgenden Satz 2:

§ 3 Abs. 4 Satz 2

„Bezüglich der Gewährung von Beihilfen gelten für alle Beamten der Katholischen Schule Bremerhaven die Beihilfevorschriften des Landes Bremen entsprechend.“

Artikel 2

Die Dienstordnung erhält die Abkürzung „DO“.

Artikel 3

Die Disziplinarordnung erhält die Abkürzung „DiszO“.

Artikel 4

Diese Änderungen treten mit Wirkung zum 01.10.2020 in Kraft.

Hildesheim, den 25.08.2020

L.S.

Dr. Heiner Wilmer SCJ
Bischof von Hildesheim

Bischöfliches Generalvikariat

Besetzung der MAVO-Einigungsstelle

Nach § 41 der Mitarbeitervertretungsordnung für das Bistum Hildesheim vom 12.12.2017 wurde für den Bereich der Diözese im Bischöflichen Generalvikariat in Hildesheim im Juli 2019 eine Ständige Einigungsstelle gebildet.

Aus dieser Einigungsstelle ist Herr Dr. Bernhard Aust, Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V., ausgeschieden.

Als Nachfolger wurde durch den Caritasverband Herr Lars Kunold, Leiter der Personalabteilung beim Caritasverband für die Diözese Hildesheim, benannt.

Hildesheim, 30.07.2020

Domkapitular Martin Wilk
Generalvikar

Kirchliche Mitteilungen

Veränderungen Pastorales Personal

Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ hat folgende Ernennungen bzw. Versetzungen vorgenommen:

Pfarrer Michael Lerche

Entpflichtung vom Amt des Präses des Kolping-Bezirksverbandes Hameln zum 25.06.2020.

Pfarrer Jacek Kubacki

Ernennung zum Präses der Kolpingsfamilie Hann. Münden zum 01.07.2020.

Kaplan Tomasz Szura

Ernennung zum Pfarrvikar der Polnischen Katholischen Mission in Hannover zum 01.07.2020.

Anschrift: Stilleweg 12 b, 30655 Hannover

Titel: Kaplan

Pfarrer Oliver Holzborn

Entpflichtung als Pfarrer in der Kath. Pfarrei St. Petrus, Buchholz, und allen damit verbundenen Ämtern zum 15.07.2020.

Beginn der gestalteten Interimszeit vom 16.07.2020 bis 15.01.2021.

Titel: Pastor

Dechant Johannes Pawellek

Beauftragung mit der Pfarrverwaltung der Kath. Pfarrei St. Petrus, Buchholz, in der Zeit vom 16.07.2020 bis 30.09.2020.

Pfarrer Martin Karras

Entpflichtung als Pfarrer in der Kath. Pfarrei St. Nikolaus, Burgdorf, und allen damit verbundenen Ämtern zum 31.08.2020.

Beginn einer gestalteten Interimszeit vom 01.09.2020 bis 28.02.2021.

Neue Anschrift: Bleckengrund 21 a, 21335 Lüneburg

Titel: Pastor

Diakon Dr. Joseph Theruvath

Entpflichtung als Geistlicher Beirat der KKV-Bezirksgemeinschaft Alfeld-Elze-Gronau zum 15.07.2020.

Eintritt in den Ruhestand zum 15.07.2020.

Titel: Diakon i. R.

Veränderungen

Kaplan René Höfer

Neue Anschrift ab 01.07.2020: Kapellenstraße 7, 31535 Neustadt

Don Vinko Puljić

Neue Anschrift ab Juli 2020: Sandersbeek 1, 37085 Göttingen-Geismar



Pastor Pawel Nowak

Verleihung der Doktorwürde durch die Katolicki Uniwersytet Lubelski am 05.06.2020.

Der Titel lautet „Dr. theol.“

Pastoralassistentin Ines Klepka

Mit Auszeichnung bestandene 2. Dienstprüfung am 07.07.2020.

Ab dem 01.09.2020 Pastoralreferentin.

Gemeindereferent Markus Galonska

Ende der Tätigkeit als Gemeindereferent im überpfarrlichen Personaleinsatz in den Kath. Pfarreien St. Christophorus, Wolfsburg, St. Michael, Wolfsburg-Vorsfelde, St. Altfried, Gifhorn, und Mutterschaft Mariens, Wolfsburg-Fallersleben, zum 12.07.2020.

Ab dem 13.07.2020 Gemeindereferent in der Katholischen Seelsorge in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel mit der Abteilung Braunschweig.

Dienstsitz: Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel, Ziegenmarkt 10 – 11, 38300 Wolfenbüttel

Pastoralreferent Martin Wrasmann

Ende der Tätigkeit als Pastoralreferent in der Kath. Pfarrei St. Altfried, Gifhorn, und der Projektarbeit im Dekanat Wolfsburg-Helmstedt, zum 31.07.2020.

Gesetzlicher Ruhestand zum 01.08.2020.

Gemeindereferent Winfried Gburek

Ende der Tätigkeit als Gemeindereferent in der Kath. Pfarrei St. Bonifatius, Wunstorf, zum 31.07.2020.

Gesetzlicher Ruhestand zum 01.08.2020.



Kirchlicher Anzeiger

für das Bistum Hildesheim

Herausgeber: Bischöfliches Generalvikariat,
Domhof 18–21, 31134 Hildesheim,
Tel. 05121/307-247 (Frau Ferrero)
Herstellung: Druckhaus Köhler GmbH, Harsum.
Bezugspreis: jährlich 25 Euro

Bischöfliches Generalvikariat, Domhof 18-21, 31134 Hildesheim